

## AUßENBEREICHSSATZUNG

Nach § 4 Abs. 4 des Wohnungsbauerleichterungsgesetzes i. V. m. des § 35 Baugesetzbuch und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Schallbach am 30.08.1991 in öffentlicher Sitzung folgende Satzung beschlossen:

### § 1

#### Wohnzwecken dienende Vorhaben im Außenbereich

1.  
Vorhaben auf Grundstücken im räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung, die Wohnzwecken dienen, kann nicht entgegengehalten werden, daß sie einer Darstellung im Flächennutzungsplan über Flächen für die Landwirtschaft oder Wald widersprechen oder die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen.
2.  
Vorhaben im Sinne des Abs. 1 sind nur zulässig, wenn sie sich hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung, der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, und der Bauweise in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.

### § 2

#### Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich umfaßt folgende Flurstücke:

67, 65/1 Teil, 63 Teil, 62, 60 Teil, 54 Teil, 190/1, 190/3, 195, 193 und 190/2.

Für den räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung ist der Lageplan vom 12.07.91, der Bestandteil dieser Satzung ist, maßgebend.

### § 3

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der örtlichen Bekanntmachung nach § 12 Baugesetzbuch in Kraft.

Schallbach, den 30.08.1991  
I/Wu/SR

Schöpflin  
Bürgermeister





Eine etwaige Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung bei der Aufstellung dieser Satzung wird nach § 215 Baugesetzbuch und § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung sowie über die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 und Abs. 4 des Baugesetzbuches über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Satzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Diese Satzung wurde dem Landratsamt Lörrach angezeigt. Mit Erlaß vom 10.09.1991 AZ 40.02 hat das Landratsamt Lörrach mitgeteilt, daß eine Verletzung von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung gem. § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würde, nicht geltend gemacht wird.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft. Jedermann kann die Satzung während der Dienststunden beim Bürgermeisteramt Schallbach, Dorfstraße 6, 7851 Schallbach einsehen und über ihren Inhalt Auskunft verlangen.

Schallbach, den 17.09.1991  
Wu/SR

Schöpflin  
Bürgermeister



---

Nach dem Beschluß des Gemeinderates der Gemeinde Schallbach vom 19.07.1991 wurde den betroffenen Bürgern und berührten Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer Frist von 14 Tagen gegeben.

Diese Satzung wurde am 17.09.1991 im Mitteilungsblatt des Gemeindeverwaltungsverbandes und der Verbandsgemeinden vom 17.09.1991 Nr. 38 (siehe Anlage) öffentlich bekanntgemacht. Das Landratsamt Lörrach erhält 3 Fertigungen dieser Satzung.

Schallbach, den 17.09.1991  
Wu/SR

Schöpflin  
Bürgermeister





Anzeigeverfahren gem. § 11 BauGB  
durchgeführt 10.09.91  
Landratsamt Lörrach  
— Baurechtsamt —



In Kraft getreten am 17.09.91

Landratsamt Lörrach  
— Baurechtsamt —

